Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	21.04.2010	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Weiterentwicklung des Kinderschutzes im Jahr 2009

Sachverhalt:

1. Ausgangslage

Bereits in den Jahren 2008 und 2009 hat das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- über die Aktivitäten im Bereich des Kinderschutzes zusammenfassend berichtet.

Mit der heutigen Informationsvorlage soll diese regelmäßige Berichterstattung fortgesetzt und nunmehr zum dritten Mal ein Überblick über die Entwicklung der Aktivitäten zum Kinderschutz in Bielefeld gegeben werden.

2. Der Kinderschutz in Bielefeld

Auch im Jahr 2009 wurden die Maßnahmen zum Kinderschutz sukzessive weiter voran gebracht. Dabei stand vor allem das Thema „Kooperation“ im Mittelpunkt.

„Kinderschutz ist eine Aufgabe von vielen Akteuren. Daher ist es erforderlich, interdisziplinäre Netzwerke zu schaffen, die geeignet sind, den Kinderschutz vor Ort nachhaltig zu verbessern. Grundbedingung ist, dass die Kooperation verbindlich gestaltet wird.“¹

Die Schaffung verbindlicher Kooperationsbeziehungen - insbesondere zu Hilfe- und Unterstützungsangeboten außerhalb der Jugendhilfe - ist jedoch ein sehr komplexes Unterfangen: „Als eine der schwierigsten Aufgaben in einem sozialen Frühwarnsystem hat sich der Aufbau einer gelingenden Kooperation erwiesen. Reine Listen von Ansprechpartnern, auch wenn diese ausführliche Angaben zu den verschiedenen Professionen und Zuständigkeiten enthalten, haben sich als unzureichend herausgestellt. Aus unserer Sicht besonders schwierig umzusetzen ist der Einsatz von Kooperationsvereinbarungen.... Aber auch innerhalb der Institutionen muss sich zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „fachfremder“ Systeme eine bestimmte Kultur der Zusammenarbeit und Kommunikation entwickeln“².

Das Konzept „Kinderschutz durch Prävention“ ist zwischenzeitlich fest in der örtlichen Angebotslandschaft etabliert. Im Januar 2007 gestartet, bestand es zunächst aus den drei Modulen: Patinnensystem des Deutschen Kinderschutzbundes, Familienhebammen und

¹ Bericht und Empfehlungen der Expertenkommission „Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen“ (S.51); veröffentlicht unter: www.mgffi.nrw.de

² Böttcher/Bastian/Lenzmann; Soziale Frühwarnsysteme – Evaluation des Modellprojekts in Nordrhein-Westfalen (S. 127); Waxmann 2008

Fachstelle Kinderschutz des Jugendamtes.

Zwischenzeitlich sind auch die Kooperation mit anderen Beteiligten aus Gesundheits-, Drogenhilfe und Psychiatrie fester Bestandteil des Konzeptes.

3. Aktivitäten und Bausteine zur Umsetzung eines besseren Kinderschutzes im Jahr 2009

3.1. Die drei „Ursprungsmodule“

Das Patinnenmodell des Deutschen Kinderschutzbundes

Auch in 2009 konnten und mussten neue ehrenamtliche Patinnen für die Betreuung und Unterstützung von Familien gewonnen werden, um dem Bedarf an Unterstützung durch Ehrenamtliche gerecht werden zu können. Die neu gewonnenen Patinnen wurden abermals hinsichtlich Schulung, Qualifizierung und Begleitung durch die Fachkräfte des Deutschen Kinderschutzbundes auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Aktuell werden 27 Familien von ehrenamtlichen Patinnen unter Anleitung des Deutschen Kinderschutzbundes betreut.

Unterstützung durch Familienhebammen

Aufgrund gestiegener Nachfragen nach Unterstützung durch eine Familienhebamme hat sich die Zahl der Familienhebammen erneut um eine Hebamme erhöht. Nunmehr sind 9 Familienhebammen im Auftrag des Jugendamtes tätig. Zwischenzeitlich haben 5 der Hebammen die Weiterbildung zur Familienhebamme beim Hebammenverband abgeschlossen. Die anderen 4 Hebammen befinden sich aktuell noch in der Weiterbildung. Die Kosten tragen die Hebammen selbst.

In 2009 wurden durchschnittlich pro Monat 50 Familien durch eine Familienhebamme betreut (im Vorjahr: 33).

Nach nunmehr drei Jahren Laufzeit dieses Moduls wurde erstmalig auch eine Rückschau vorgenommen. Von den im Jahr 2007 beendeten Betreuungen benötigten lediglich zwei Familien eine direkte Anschlusshilfe im Rahmen der Hilfe zur Erziehung. 2 Jahre nach Beendigung der Betreuung durch eine Familienhebamme benötigte nur noch eine Familie Unterstützung im Rahmen der erzieherischen Hilfen. Alle anderen Familien wurden gar nicht mehr betreut bzw. an niederschwellige Maßnahmen, wie z.B. Eltern-Kind-Kurse, Spielgruppen, ehrenamtliche Patinnen weiter vermittelt.

Insgesamt sind diese Zahlen mehr als ein Indiz dafür, dass zum einen das Unterstützungsangebot der Familienhebamme nach wie vor gut angenommen wird. Zum anderen ist festzustellen, dass durch diese präventive und frühzeitige Unterstützungsleistung weitergehender Hilfebedarf offensichtlich vermieden werden konnte.

Die Fachstelle Kinderschutz

Die Anfragen an die Fachstelle Kinderschutz hinsichtlich einer Beratung im Einzelfall haben sich ebenfalls erhöht. Während im Vorjahr 146 Anfragen eingingen, waren es in 2009 199 Anfragen. In der überwiegenden Mehrzahl handelte es sich um Nachfragen hinsichtlich einer Unterstützung durch eine Familienhebamme. Auffällig ist hier, dass zunehmend auch Mitteilungen aus der Nachbarschaft oder dem familiären Umfeld von Familien eingehen.

Zur Sicherstellung verlässlicher Kooperationen hat sich unter Federführung der Fachstelle Kinderschutz das im Jahr 2008 gegründete Netzwerktreffen „Frühe Hilfen“ auch im letzten

Jahr regelmäßig getroffen. Inhaltliche Schwerpunktsetzung war die Schaffung von Transparenz über bereits bestehende Angebote und deren Akteure. Zum Ende des Jahres 2009 wurde damit begonnen, ein eigenes Selbstverständnis zu entwickeln, gemeinsame Ziele für das Netzwerk zu formulieren und eine Bestandsaufnahme zu Angeboten der frühen Hilfen vorzunehmen. Dieser Prozess wird im Jahr 2010 fort gesetzt.

3.2. Auf- und Ausbau der Kooperation mit benachbarten Arbeitsfeldern

Der Arbeitskreis „KiDS & Ko in Bielefeld“

Auf der Grundlage der im Jahr 2008 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung hat sich der Arbeitskreis weiterhin regelmäßig getroffen. Inhaltlich standen vor allem Fragen der Evaluation und Dokumentation der gemeinsamen Kooperation im Vordergrund.

Kooperation mit den Bielefelder Geburtskliniken

Im August 2009 wurde eine verbindliche Kooperationsvereinbarung zwischen allen Bielefelder Geburtskliniken und dem Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- unterzeichnet.

Fachkräfte der Geburtskliniken bekommen zu einem frühen Zeitpunkt einen Einblick in die Lebenssituation von (werdenden) Familien und haben einen guten Zugang zu den Eltern. Die Eltern sind in der Zeit rund um die Geburt besonders offen für weitergehende Unterstützungsangebote. Dementsprechend sind die Geburtskliniken mit ihrem Personal wichtige Partner der Jugendhilfe bei der Früherkennung individueller und sozialer Risiken.

Eine gute und verlässliche Zusammenarbeit sind somit ein Schlüssel zur Verbesserung der Lebensbedingungen von (werdenden) Familien, zur Vermeidung von Risiken und zur Sicherung des Kindeswohls.

Neben der Vereinbarung von gemeinsamen und gegenseitigen Fortbildungen und regelmäßigen Austauschtreffen, wurde seitens des Jugendamtes auch ein „Handbuch für Geburtskliniken“ entwickelt, welches das Personal über Ansprechpartner und Angebote der Jugendhilfe informiert und in dem praktische Tipps hinsichtlich einer Kooperation zu finden sind.

Angebote für die Zielgruppe der Kinder psychisch kranker Eltern

Der im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zum Ende des Jahres 2008 gegründete Arbeitskreis „Kinder psychisch kranker Eltern“ hat seine Arbeit im Jahr 2009 intensiviert.

Gemeinsame Zielsetzung des Arbeitskreises sind die Erstellung eines Wegweisers für die in den unterschiedlichen Hilfesystemen tätigen Fachkräfte, die Durchführung eines Fachtags im Jahr 2010 sowie die Erarbeitung einer Kooperationsvereinbarung.

Auch die Kooperation mit der Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften und dem Evangelischen Krankenhaus Bielefeld im Rahmen des dreijährigen Modellprojektes „Entwicklung, Erprobung und Evaluation eines Interventionskonzeptes zur primären Prävention von psychischen Störungen bei Kindern psychisch erkrankter Eltern (zwischenzeitlich „Kanu-Projekt“ genannt) wurde in 2009 fortgesetzt.

Während zunächst die wissenschaftliche Evaluation im Vordergrund stand, hat das Team der Universität im zweiten Halbjahr des Jahres gemeinsam mit den Kooperationspartnern aus den Erkenntnissen der Evaluation ein Konzept für praktische Unterstützungsangebote entwickelt. Es sieht u.a. eine Sequenz von Familiengesprächen bereits in der Klinik, ein Gruppenangebot für die Kinder, ein Elterstraining sowie die Implementierung eines Patenschaftssystems vor. Letzteres wird über Jugendhilfemittel finanziert und vom Deutschen Kinderschutzbund durchgeführt.

Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen

Die Verordnung sieht eine Meldepflicht der Kinder- und Jugendärzte über vorgenommene Kinderfrüherkennungsuntersuchungen beim Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit (LIGA NRW) vor. Anschließend schreibt das LIGA alle Eltern an, die eine Untersuchung versäumt haben. Reagieren Eltern auf dieses Anschreiben nicht, werden sie nach einem weiteren Abgleich durch das LIGA den örtlichen Jugendämtern gemeldet.

Intention der Verordnung ist, im Rahmen des Kinderschutzes frühzeitig auf Kinder aufmerksam zu machen, deren gesundheitliche Versorgung nicht ausreichend gesichert ist. Sie soll auch der Feststellung dienen, ob Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls erforderlich sein könnten.

Gemeinsam mit anderen Jugendämtern hat das Bielefelder Jugendamt unter Federführung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe Anfang 2009 eine Arbeitshilfe zur kommunalen Umsetzung der Verordnung erarbeitet. Ziel war es, Mindeststandards für das Bearbeitungsverfahren in den Jugendämtern sowie ein einheitliches Auswertungsraster zu erstellen. Mit einer ersten umfassenden Ergebnisdarstellung ist Ende des Jahres 2010 zu rechnen.

Die ersten Meldungen des LIGA gingen Ende August 2009 in den Jugendämtern ein. Bis Ende 2009 erhielt das Bielefelder Jugendamt 223 Meldungen von angeblich noch nicht durchgeführten U-Untersuchungen (U5 und U6). Die Fehlerquote bei den Meldungen lag bei 80 bis 90 %. Das heißt insbesondere, dass zum Zeitpunkt der Meldung an das Jugendamt bei den meisten Kindern eine Untersuchung bereits doch erfolgt war.

Beteiligung an überörtlichen Projekten, Fachtagungen, etc.

Weiterhin ist das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund an der Evaluation des Aktionsprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beteiligt.

Im Dezember 2009 hielt eine Mitarbeiterin der Fachstelle Kinderschutz auf der zweiten Familienhebammen Fachtagung NRW vor ca. 150 Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Vortrag zum Thema „Kooperation Familienhebamme und Kommune“.

Die im Jahr 2007 vom Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Laschet eingerichtete Expertenkommission „Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen“ hat ihre Arbeit 2009 beendet und im Januar 2010 ihren Bericht und ihre Empfehlungen dem Minister übergeben. Eine Mitarbeiterin des Jugendamtes war Mitglied dieser Expertenkommission.

4. Ausblick in das Jahr 2010

Die begonnenen Initiativen und Aktivitäten werden auch in 2010 weiter fort gesetzt und ausgebaut.

Geplant sind insbesondere:

- Die Fertigstellung des Wegweisers für „Kinder psychisch kranker Eltern“ sowie die Durchführung einer Fachtagung.
- Der Aufbau des Patenvorhabens für „Kinder psychisch kranker Eltern“ im Rahmen des „Kanu-Projektes“.
- Der Abschluss einer verbindlichen Kooperationsvereinbarung zum Kinderschutz mit allen Bielefelder Grund- und Förderschulen im Primarbereich.

Beigeordneter

Tim Kähler